

27.10.2015

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **20 Jahre UN-Stadt Bonn: Bundestadt Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum sichern und als Sitz der Vereinten Nationen fortentwickeln**

#### **I. Ausgangslage**

Im Sommer 1996 wurde Bonn mit dem Aufziehen der blauen UNO-Flagge am Haus Carstanjen zur UNO-Stadt. Heute, fast 20 Jahre später, sind 18 Institutionen der UN mit ca. 1.000 Mitarbeitern in Bonn tätig. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete Bonn bereits 2006 als einen der „lohnenswertesten und attraktivsten“ UN-Standorte weltweit.

In Bonn hat sich ein hoch attraktives Netzwerk aus UN-Organisationen, dem World Conference Center Bonn, den Bundesministerien und Bundesbehörden, 150 Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftseinrichtungen, Medien und international operierenden Unternehmen entwickelt. Zur großen Attraktivität der Stadt trägt entscheidend bei, dass Bonn ein starkes bundespolitisches Zentrum ist. Auf der Grundlage des Bonn-Berlin-Gesetzes, das eine dauerhafte Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundestadt Bonn festschreibt, haben sechs Bundesministerien ihren Hauptsitz in der Bundestadt. Alle übrigen Bundesministerien sind jeweils mit einem zweiten Dienstsitz in der Bundestadt Bonn vertreten. Auch die zweiten Dienstsitze des Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin sind in Bonn beheimatet.

Es ist im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, den Charakter Bonns als bundespolitisches und internationales Zentrum zu sichern und fortzuentwickeln. Die einmaligen Standortqualitäten Bonns dürfen durch eine Debatte um die Verlagerung von Bundesministerien daher nicht gefährdet werden. Gleichwohl hat die Bundesbauministerin Barbara Hendricks eine ebensolche nun ohne Not angezettelt. Obwohl ein Komplettumzug der Bundesregierung nach Berlin gegen geltendes Recht verstoßen würde, stellt die Ministerin den Status Quo öffentlich in Frage. Ihre paradoxe Argumentation: um den „Rutschbahn-Effekt“ zwischen Bonn und Berlin abzumildern, müssten alle Bundesministerien in die Hauptstadt ziehen.

Noch am 25. August 2015 behauptete die Landesregierung in einem Bericht auf Anfrage der CDU-Fraktion (V16/3161), dass sie sich auch weiterhin „mit allem Nachdruck“ dafür einsetzen werde, „dass das Berlin/Bonn-Gesetz nach Buchstaben und Geist eingehalten wird.“ Die Landesregierung stehe „uneingeschränkt zum Berlin/Bonn-Gesetz.“ Umso irritierender ist es

Datum des Originals: 27.10.2015/Ausgegeben: 27.10.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

nun, dass sich die Landesregierung bisher kaum zum Vorstoß der Bundesministerin geäußert hat, im Gegenteil sogar von ersten Gesprächen zwischen Ministerin Hendricks und der Landesregierung berichtet wird (Bild am Sonntag vom 11. Oktober). Die von Ministerin Hendricks geplante Verlagerung hätte dramatische Folgen für den UN-Standort Bonn. Es wäre daher die Pflicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung, umgehend und deutlich vernehmbar für Bonn und die umliegende Region Position zu beziehen und sich dem Vorhaben der SPD-Bundesministerin in den Weg zu stellen.

## **II. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschließt:**

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich entschieden gegen die Absicht der Bundesbauministerin zu wenden, die Bundesministerien vollständig von Bonn nach Berlin zu verlagern;
2. gegenüber der Bundesbauministerin auf die Erfüllung des Bonn-Berlin-Gesetzes zu drängen;
3. sich um die weitere Ansiedlung von Institutionen der Vereinten Nationen in Nordrhein-Westfalen zu bemühen;
4. sich dafür einzusetzen, dass weiterhin internationale Konferenzen und Tagungen in der UN-Stadt Bonn stattfinden;
5. einen eigenen Beitrag zum 20. Jahrestag des UN-Standorts Bonn zu leisten und den UN-Standort Bonn national und international in der Bevölkerung bekannter zu machen.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Christina Schulze Föcking  
Ilka Freifrau von Boeselager

und Fraktion